



Beliebter Job
Eine Schülerin arbeitet in den Ferien in einer Eisdiele

Arbeitsmarkt

Deutsche für Mindestlohn bei Ferienjobs

Eine Mehrheit der Deutschen findet, dass auch minderjährige Ferienjobber den Mindestlohn erhalten sollten. In einer Insa-Umfrage für FOCUS stimmten 62 Prozent der Befragten dafür, nur 26 Prozent waren gegen-teiliger Ansicht. Derzeit sind Minderjährige durch eine Ausnahmeregelung vom Mindestlohngesetz ausgenommen. SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hatte die Debatte vor Kurzem angestoßen: Er sehe keinen Unterschied zwischen der Arbeit einer 16-Jährigen und eines 20-Jährigen.

Bei einem Ferienjob handelt es sich um ein kurzfristiges Arbeitsverhältnis für Schüler und Studenten während der Ferienzeit. Die beliebtesten Ferien-

jobs finden sich in der Gastronomie, in Supermärkten und im Kurierdienst. Entlohnt werden diese Tätigkeiten in der Regel mit fünf bis 15 Euro. Volljährige Ferienjobber erhalten den Mindestlohn. Kühnert beklagte, dass Betriebe absichtlich Minderjährige einstellen würden, um dadurch Geld einzusparen.

Laut dem Bundesministerium für Arbeit soll durch den Ausschluss vom Mindestlohn verhindert werden, dass Minderjährige im Minijobsektor verweilen, anstatt ihre Ausbildung abzuschließen. Kritiker bemängeln, dass diese Regelung ihr Ziel verfehle und die finanzielle Abhängigkeit von Jugendlichen verstärken würde.

Der Gastro-Verband DEHOGA äußert sich verhalten zum Vorstoß der SPD. Der Unterschied zwischen ungelerten Schüleraushilfen und ausgebildeten Fachkräften müsse sich auch im Lohnniveau widerspiegeln. *jp*

Kevin Kühnert

Der SPD-Generalsekretär setzt sich für minderjährige Arbeitnehmer ein



Geschäftsbrieife

Milliardenklage gegen die Deutsche Post

Die Deutsche Post, ehemaliger Staatsmonopolist mit 600 000 Mitarbeitern, sieht sich einer Milliardenklage von einem kleinen Angreifer gegenüber. Die 300 Angestellte starke Firma Deutscher Versand Service (DVS) klagt auf Schadensersatz gegen den Großkonzern, der seit Neuestem als DHL Group firmiert.

„Die Post schottet sich mit unlauteren Mitteln gegen Wettbewerber ab“, sagt DVS-Geschäftsführer Michael Mews. „Die Post verdient immer noch viel Geld mit dem Briefverkehr, diesen Gewinn will sie mit allen Mitteln schützen.“ Konkret geht es um sogenannte „Dialogpost“, mit dem Millionen von Adres-

saten zu günstigeren Preisen als im privaten Briefverkehr erreicht werden. Die Gerichte haben 2019 einen Missbrauch der Marktstellung durch die Post festgestellt, daraufhin hat die DVS ein Gutachten in Auftrag gegeben, dass den entstandenen Schaden für die Jahre 2010 bis 2022 auf 981 Millionen beziffert.

Über diesen Betrag hat DVS-Chef Mews eine Leistungsklage beim Landgericht Düsseldorf eingereicht, die Post hat nun bis zum Herbst Zeit, ein Gegengutachten zu schreiben. „Es ist ein enormer Aufwand, unser Recht durchzusetzen“, sagt Mews, „falls nötig, klagen wir durch alle Instanzen.“ *mec.*

Nachgefragt

„Rechtsradikale Parteien könnten bei der Europawahl ein Viertel der Sitze gewinnen“



Werner Weidenfeld

Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung/Universität München

Die AfD stellt gerade ihre Liste für die Europawahl 2024 auf. Gemäßigte Europakritiker sind dort bisher kaum zu finden. Warum nicht? Die Partei antwortet auf die aktuelle politisch-kulturelle Lage nicht differenziert und zurückhaltend, sondern radikal-extremistisch. Das ist keine Überraschung, wenn sie Erfolg haben will. **Umfragen sehen die AfD in Deutschland bei 20 Prozent. Wird sich das bei der Europawahl fortsetzen?** Ja, wenn sich die anderen Parteien weiter so verhalten wie bisher. **Derzeit hat die AfD neun Europaabgeordnete, wie viele halten Sie 2024 für möglich?** 20 sind nach heutigem Stand wahrscheinlich. Aber der Erfolg der AfD hängt nicht nur von ihr selber ab. Zurzeit betreibt die Bundesregierung nur sprunghaftes Krisenmanagement. Was fehlt, ist eine Grundorientierung. Sie lässt die Bevölkerung in Orientierungsnot zurück. Und wer Angst hat oder etwas nicht versteht, ist erst mal dagegen. Das stärkt die radikale Rechte. **Rechnen Sie mit einem Erstarken der europäischen Rechten im EU-Parlament?** Sie wird dazugewinnen, ja. Ein Viertel der Abgeordnetensitze halte ich für realistisch. **Was bedeutet es für die EU, wenn noch mehr Skeptiker ins Parlament einziehen? Überall Blockaden?** Da sehe ich nicht schwarz. Die Migrationsfrage wird sicher ein großes Thema werden, die Erweiterung wird vorsichtiger vorangetrieben. Aber die anderen europäischen Kräfte werden auch endlich aufwachen und mehr Erfolgsmeldungen anbieten, darstellen, welche großartigen historischen Leistungen wir der EU zu verdanken haben. *gd*